

people to be active, healthy and optimistic. Strong, sportive nation is a good basis for better future.

As this project starts in Minsk, governmental union "Minskstroy" will design and build all the parkings. At the beginning all the parkings should be located in crowded places: near the underground stations, big supermarkets, railway stations, bus stations, student hostels, universities, schools and governmental organizations. With the advent of big amount of cyclist the "Minsktrans" may provide the city with new bike routes on the main streets and as a consequence with route s maps. With time, it will be reasonable to create the same systems of parkings in other cities like Grodno, Homel, Mogilev etc. Eventually, The Ministry of Transport could create bike roads between cities, especially where the cultural heritage is rich. It will attract tourists, cyclists from other countries.

To conclude, bike scheme is extremely necessary for our cities and whole country. There are so many issues to take into consideration. But once started the project will pave the way to the improvement of our ecosystem & nation sport culture.

*К.М. Казловская.*  
УО БГЭУ (Минск)

## **DEMOGRAFISCHER WANDEL IN EUROPA AM BEISPIEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

Bevölkerungsrückgang, Alterung und Internationalisierung kennzeichnen die zukünftige demografische Entwicklung in Europa. Unter dem Begriff „demografischer Wandel“ versteht man die Veränderung der Zusammensetzung der Altersstruktur einer Gesellschaft.

Diese Studie hat folgende Aufgaben:

- Die allgemeinen Tendenzen der demografischen Wandel in Europa und in Deutschland zu analysieren;
- Die wichtigsten Ursachen der demografischen Entwicklung zu betrachten;
- Die Folgen der Veralterung der Gesellschaft für verschiedene Lebensbereiche zu bewerten;
- Die Strategien und Lösungen vom Problem der demografischen Wandel zu erforschen.
- Die demografische Situation in Belarus zu erlernen und mit Deutschland zu vergleichen.

Diese Entwicklung wurde vor Jahrzehnten gestellt, aber den Höhepunkt der Alterung werden die europäischen Gesellschaften erst in 30 bis 40 Jahren erleben. Alle anderen Weltregionen hingegen, mit Ausnahme von Russland, wachsen aufgrund hoher Kinderzahlen weiter.

Die einzelnen Staaten Europas sind unterschiedlich von den Veränderungen betroffen. Die besten Bewertungen erhalten Regionen im Norden Europas (Island, Schweiz, Norwegen), die schlimmsten - ländliche Regionen in Süditalien,

Griechenland sowie vom radikalen Strukturwandel betroffene Gebiete von Bulgarien, Rumänien und Polen.

Was Deutschland angeht, verläuft hier nach wie vor die alte Grenze zwischen den Systemen, die den hilfsbedürftigen Osten (neue Bundesländer) vom Westen trennt. Dabei sind besonders im Süden (Bayern und Baden-Württemberg) positive Tendenzen zu beobachten.

Die demographische Entwicklung wird von drei Faktoren beeinflusst:

1. Geburtenrate. Die sinkende Geburtenhäufigkeit (1,43 Kindern pro Frau in Deutschland), was mit der besseren Ausbildung und Emanzipation von Frauen, dem Strukturwandel der Familie und den traditionellen Werten, der sinkenden Zahl der potentiellen Mütter verbunden ist.

2. Lebenserwartung. Die beständig steigende Lebenserwartung, was auf Fortschritte in der Medizin, Gesundheitsvorsorge, Hygiene und Unfallverhütung sowie auf eine Wohlstandssteigerung zurückzuführen ist.

3. Wanderungssaldo. Die Zuwanderung als Funktion der Kompensation sinkender Geburtenrate. Doch der Wert der Zuwanderer ist schon rückläufig. Deutsche Staatsbürger ziehen gleichzeitig aus strukturschwachen Regionen auf der Suche nach Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen in wirtschaftlich attraktivere Länder.

Nach den Prognosen des statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerungszahl auf bis zu 69 Millionen Menschen im Jahre 2050 abnehmen. Weiterhin werde es im Jahr 2050 doppelt so viele ältere wie jüngere Menschen in Deutschland geben.

Die Alterung der Gesellschaft hat daher tief greifende Auswirkungen auf das gesamte Sozial- und Wirtschaftssystem, den Arbeitsmarkt, Gesellschaft und Politik. Darunter sind vor allem:

1. Die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme: Funktionsfähigkeit und Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme (vor allem die Frage der gesetzlichen Rente-, Kranken- und Pflegeversicherung) in ihrer bestehenden Form. Die zunehmende Zahl an Rentnern, immer steigende Lebenserwartung und bessere Gesundheit bei der sinkenden Zahl an Beitragszahlern führen dazu, dass sich die Beiträge zukünftig steigern sollen, um das bisherige Niveau der Renten zu halten. Auch den steigenden Bedarf an entsprechende Infrastruktur (Seniorenheime) ist zu erwähnen.

2. Die Folgen für wirtschaftliche Entwicklung: viele Konsumenten, aber deutlich weniger Erwerbstätige, die die Güter und Dienstleistungen zum Konsum der Menschen produzieren. Weniger Erwerbstätige bedeutet das Sinken des Bruttoinlandsproduktes.

3. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt: erwarteter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

4. Das Problem der Altersarbeitslosigkeit (Altersarmut als langfristige Folge).

5. Die Verschärfung des „Konkurrenzkampfes der Städte“.

6. Wesentliche Strukturveränderungen auf den Immobilien- und Kapitalmärkten.

7. Steigende Finanz- und Infrastrukturprobleme in den schrumpfenden Städten und Regionen.

Der demografische Wandel stellt eine große Herausforderung für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und jeden Einzelnen der Gesellschaft dar. Umso wichtiger ist

es, diese Herausforderung anzugehen und entsprechende Strategien und Lösungen zu erarbeiten. Zu diesen zählt man:

A) Das Schaffen der familienfreundlichen Bedingungen und der partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch:

- mehrere Kinderbetreuungseinrichtungen (auch kostenlose Kita-Plätze);
- Förderung von Tagesmüttern (durch Elterngeld);
- erleichtertes Steuersystem.

B) Bessere Einwanderungssteuerung:

- effiziente Integrationspolitik;
- bessere Ausbildungsmöglichkeiten;
- die Veränderungen beim Anwerben qualifizierter Migranten (Erschaffen der Attraktivität durch Einwanderungsbedingungen, Einkommen und Aufstiegsmöglichkeiten).

C) Die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen. In der Situation des Fachkräftenachwuchsmangels und infolgedessen des intensiven Wettbewerbs um Nachwuchskräfte müssen die Unternehmen:

- sich auf die Entwicklung der Alterung der Belegschaft und des Anstiegs des gesetzlichen Rentenalters bzw. längeren Lebensarbeitszeiten einstellen und daher das Potential älterer Arbeitnehmer durch Aus- und Weiterbildung und gesundheitsunterstützende Angebote besser nutzen;

▪ die Investitionen in Mitarbeitergewinn, Berufsmarketing, Arbeits- und Organisationskonzepte erhöhen;

▪ bisher noch unzureichend genutzte Arbeitsmarktpotenziale (unterbeschäftigte Frauen, Personen ohne Berufsabschluss, Menschen mit Migrationshintergrund) erschließen und für sich gewinnen;

▪ Mentalität gegenüber Frauen, die schwanger sind oder Kinder haben, wandeln, da bei vielen deutschen Unternehmen sie noch immer systematisch ausgesiebt werden.

D) Die effektive Nutzung des Potentials der qualifizierten Frauen auf dem Arbeitsmarkt;

E) Maßnahmen im Sozialbereich:

▪ Umgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer solidarischen Grundsicherung (Ergänzung durch private Vorsorgemaßnahmen);

▪ Die Privatisierung des medizinischen Alltagsbedarfs und die solidarische Finanzierung überdurchschnittlicher Krankenkosten;

▪ Die Senioren-WGs und Generationenhäuser als zukunftssträchtige Wohnformen für Schutz vor Vereinsamung.

Die Situation in Belarus ist mit Deutschland durchaus vergleichbar. Dieses Fazit bekräftigen folgende Tatsachen, die wir in Ziffern darlegen. Die demografische Entwicklung in Belarus kennzeichnet durch niedrige Geburtenrate (1,47 Kinder pro Frau), steigende Lebenserwartung (72,4 Jahre alt), Übersteigerung der Sterblichkeit über Geburtenzahl, die Verminderung der erwerbstätigen Bevölkerung (60%) und die Erhöhung der Zahl der Menschen über 65 Jahre (14%). Die Regierung hat das Programm der demografischen Sicherheit für 2011-2015 erarbeitet; das unter allem

soziale Unterstützung der Geburtenrate, die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung und die Entwicklung der Zuwanderung einschließt.

*Д.С. Новожилова*  
УО БГЭУ (Минск)

## LA PEINE DE MORT: PAS EXECUTER MAIS GRACIER

Nous vivons à une époque où une personne avec ses droits et ses libertés se dresse à l'avant-plan. En même temps dans une société développée civilisée qui valorise le droit de chaque personnalité la question de la peine de mort reste ouverte.

La peine de mort c'est une des plus anciennes formes de punition qui procède du principe du talion «Oeil pour œil, dent pour dent». Selon ce principe la peine de mort est une punition unique juste de la mort d'une autre personne.

Notre recherche réalisée à la base de l'analyse de 17 sources y compris 2 rapports scientifiques visée à l'étude de la situation et des tendances actuelles a abouti à des résultats ci-dessous.

Les données statistiques témoignent une baisse tendancielle du nombre de condamnations à mort et des exécutions dans le monde. Aujourd'hui, plus de cinquante États sont devenus abolitionnistes en droit. En revanche, la peine de mort est toujours appliquée dans 57 États et territoires.

778 personnes ont été exécutées en 2013 dans le monde. C'est un chiffre en progression (+15%) par rapport à l'année précédente. Selon *le rapport d'Amnesty*, l'Irak et l'Irak sont à l'origine de cette forte augmentation, ces deux pays ainsi que l'Arabie Saoudite étant responsables de 80% des exécutions confirmées à Amnesty pour 2013. Aucune condamnation à mort n'a par contre été appliquée en Europe et Asie centrale en 2013, ce qui n'était pas arrivé depuis 2009. Ces chiffres ne tiennent toutefois pas compte des milliers de peines capitales appliquées en Chine, Pékin entretenant le secret le plus total à ce sujet. *Amnesty* estime que le nombre d'exécutions sur le territoire chinois est plus important que dans tout le reste du monde.

Selon les statistiques 22 pays ont procédé à des exécutions en 2013, contre 37, par exemple, en 1994, selon le décompte de l'ONG, ce qui indique une tendance globale à la diminution du nombre d'États où les exécutions sont menées. De nombreux pays qui avaient appliqué la peine capitale en 2012 ne l'ont pas fait l'an dernier, comme le Pakistan ou la Gambie. Toutefois, quatre États: l'Indonésie, le Koweït le Vietnam et le Nigeria, ont repris les exécutions en 2013. Les méthodes utilisées varient selon les pays. 39 exécutions ont eu lieu aux États-Unis en 2013, soit 10% de moins que l'année précédente.

98 États dans le monde ont aboli la peine de mort pour tous les crimes. Trois pays, la Bolivie, la Guinée-Bissau et la Lituanie, ont d'ailleurs ratifié un traité de l'ONU pour l'abolition de la peine capitale. Toutefois, certains pays ne l'ont pas aboli, mais ne la pratiquent plus. Au total donc, 140 pays, soit plus de deux tiers, ont aboli la peine capitale en droit ou en pratique dans le monde.